



28. März 2007

## **„Braunschweig für Besserverdiener“**

### **BIBS-Stellungnahme zur Ablehnung des Sozialpass-Antrags durch den Stadtrat**

Anlässlich der Ratssitzung am 27. Februar reichte die BIBS-Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE einen Antrag ein, der die Verwaltung auffordert, in Kooperation mit Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden ein Sozialpass-Konzept zu entwickeln.

Konkret ging es dabei um die Einführung eines angesichts der sozialen Realität dringend erforderlichen Ausweises, der einkommensschwachen Familien durch reduzierte Eintrittsgelder und vergünstigte Gebühren die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben bezahlbar machen soll.

Hintergrund ist, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2002 der „Braunschweig-Pass“ abgeschafft wurde, der in den Jahren 1990 bis 2002 einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern zu ermäßigten Preisen die Nutzung des ÖPNV und den vergünstigten Eintritt zu Badeanstalten ermöglichte.

Seither existiert stattdessen unter dem Namen „Braunschweig mobil“ eine Karte, mit der ALG-II- und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zum Sondertarif (12,00 Euro/Monat) das Angebot der Braunschweiger Verkehrs-AG (Preisstufe I) nutzen können.

#### **BS-Pass hilft Brücken bauen**

Für die BIBS-Fraktion ist dieses Angebot ein lobenswerter Anfang, jedoch nicht ausreichend umfassend, um dem sich verschärfenden sozialen Klima Rechnung zu tragen: Nach aktuellen Zahlen der Verwaltung lebt bereits jedes fünfte Braunschweiger Kind unter 15 Jahren in Haushalten, die ALG II beziehen.

Geringe finanzielle Ressourcen grenzen Geringverdiener gesellschaftlich aus und verschärfen die Stigmatisierung aufgrund ihrer sozioökonomischen Situation.

Freizeitangebote, die für Einkommensbezieher mittlerer Einkommen selbstverständlich sind, müssen auch für Menschen in Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen möglich sein. Hierzu zählen wir die Mitgliedschaft in Vereinen genauso wie den Besuch von Kulturveranstaltungen, Schwimmbädern und die Mobilitätssicherung.

Denn die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben bietet Möglichkeiten zur Vernetzung, zum Aufbau und zur Stärkung eines sozialen Netzes. Aus diesen entsteht die Motivation, sich weiter zu engagieren, Hilfe zur Selbsthilfe zu entwickeln und die Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen voranzutreiben.

Der Sozialpass ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung sozialer Netze und zur Förderung von Familienfreundlichkeit und sozialer Gerechtigkeit.

### Politisches Engagement für den BS-Pass unzureichend

Im kommunalen Wahlkampf 2006 versprach die SPD die Wiedereinführung des BS-Passes. Ihr Engagement im Vorfeld der Ratsitzung war jedoch sehr verhalten. Umso erstaunter ist die BIBS-Ratsfraktion, dass der Fraktionsvorsitzende Klaus Winter in seinem Dankesbrief an die Sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen vom 02.03.2007 feststellt, „dass die SPD-Ratsfraktion fast die gestaltende kommunalpolitische Kraft in Braunschweig geworden ist.“ Wie bedauerlich, dass diese Kraft auf 250.000 Euro erkämpfte Haushaltsposten und auf die bittere Wahrheit der Zustimmung zum Gesamthaushalt reduziert ist. Das soziale Profil der Sozialdemokraten ist in den wichtigen Sozialthemen zur Unkenntlichkeit verblasst. Keine Silbe wurde von Seiten der SPD geäußert, das Projekt Sozialpass aus dem Rat dem Fachausschuss Soziales zu überweisen.

Von der CDU wird ein solches Engagement nicht mehr erwartet. Wer Familienpolitik auf die Förderung des Eigenheimbaus reduziert zeigt deutlich, welche Bevölkerungsgruppen hier gefördert werden. Vergeblich sucht bei CDU und FDP, wer Konzepte zur Sicherung der sozialen Stabilität lesen möchte oder Programme und Ideen zur Förderung – aus welchen Gründen auch immer – sozial schwacher Menschen wünscht.

In der Ratsabstimmung vom 27.02.2007 fand der interfraktionelle Antrag keine Mehrheit. Armes Braunschweig!

Die BIBS-Fraktion wird den Kontakt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zu diesem wichtigen Thema nicht einschlafen lassen. Gisela Witte gab den Anstoß zu diesem interfraktionellen Projekt, dass gemeinsam weiter verfolgt werden muss!

### Sozialpässe in anderen Kommunen

Kommunale Familienpässe sind kein Luxus: Es gibt sie in zahlreichen deutschen Städten als einkommensabhängige oder einkommensunabhängige Versionen. Letztere hat den entscheidenden Vorteil, dass die Nutzer des Passes in keiner Weise als bedürftig stigmatisiert werden.

Solch ein Modell wurde zum Beispiel in **Hamburg** als PPP-Projekt von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit verschiedensten Partnern aus Wirtschaft und Kultur entwickelt und realisiert. Gegen eine Gebühr von 3,50 € pro Halbjahr erhalten Inhaber des „Familienpasses“ vergünstigten oder kostenlosen Zutritt zu rund 200 angebotenen Veranstaltungen und Aktivitäten aus den Bereichen Kunst, Kultur, Sport und Umwelt.

Auch die Hauptstadt **Berlin** leistet sich trotz maroder Finanzen einen vergleichbaren Familienpass. Zum Jahrespreis von 6 € erhalten Berliner Familien einkommensunabhängig ermäßigten Zutritt zu 250 Freizeitangeboten, darunter Schwimmbäder, Eisbahnen, Schiffstouren, Konzerte, Kinos, Theater, Museen und Zoos.

Der Bürgerpass des **Landkreises Müritz** soll sozial schwachen Personen, stärker als bisher am sportlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. In Abhän-



gigkeit vom Haushaltseinkommen wird der Bürgerpass gewährt. Wer ihn erhält, bekommt Ermäßigungen: Pvm Personenverkehr GmbH Müritz, Kreisvolkshochschule Müritz, Kreismusikschule Müritz, Warener Museums- und Geschichtsverein e. V., Müritz-Sportclub Waren e. V., Kultur- & Sportring "Regenbogen" Malchow e. V., Schwimmhalle Müritzhotel, Klink Förderverein Slawendorf Passentin e. V., Sportverein SV Waren 09, Müritzmuseum Waren, Schliemannmuseum Ankershagen, Agrarhistorisches Museum Alt Schwerin.

### Sozialpass in Braunschweig

Für Braunschweig scheint das Modell eines einkommensabhängigen Passes realistisch, der auch als PPP realisiert werden könnte.

Die Stadt Braunschweig kann an ihre Förderung von Projekten oder Vereinen eine Sozialklausel binden. Diese Vereine und Projekt müssen ein bestimmtes Kontingent an Mitgliedschaften oder Eintrittskarten zur Verfügung stellen.

Die Stadt Braunschweig kann über ihre städtischen Gesellschaften Angebote speziell an den Sozialpass binden.

Damit würde in Braunschweig ein System entstehen, dass es von ALG II lebenden oder einkommensschwachen Haushalten ermöglicht, in Vereinen Mitglieder zu bleiben und kulturelle und gesellschaftliche Einrichtungen zu besuchen.

Denkbar wäre auch, ein Bonusangebot zu schaffen. Mit einer bestimmten Anzahl von Coupons kann beispielsweise entweder ein stark ermäßigter Eintritt ins Staatstheater oder ins Eintrachtstadion erworben werden. Die stark ermäßigte Mitgliedschaft in Vereinen wird auf zwei Vereine begrenzt. Oder, oder, oder...

Die genaue Ausgestaltung muss erarbeitet werden. Dazu wollten BIBS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE die Verwaltung auffordern. Die Vorschläge sollten anschließend den politischen Gremien zur Diskussion gestellt werden.

### Leben von 345,00 Euro monatlich

ALG II Empfängerinnen und Empfänger müssen mit 345,00 Euro monatlich auskommen. Bereits bezahlt sind Miete und Krankenversicherung.

Das Jahresbudget eines Singlehaushaltes beträgt damit 4140,00 Euro. Damit stehen der Person täglich 11,34 Euro zur Verfügung. Der aktuelle Regelsatz von 345,- Euro setzt sich etwa wie folgt zusammen (nach Empfehlungen/Dienstanweisungen der Bundesanstalt für Arbeit):

	Einnahmen	Ausgaben	Ausgaben/Tag
ALG II	345,00 €		
Nahrung, Getränke, Tabakwaren ca. 38%		131,10 €	4,37 €
Bekleidung, Schuhe ca. 10%		34,50 €	
Wohnung (ohne Mietkosten), Strom, etc. ca. 8%		27,60 €	
Möbel, Apparate, Haushaltsgeräte ca. 8%		27,60 €	
Gesundheitspflege ca. 4%		13,80 €	0,46 €
Verkehr ca. 6%		20,70 €	
Telefon, Fax ca. 6%		20,70 €	
Freizeit, Kultur ca. 11%		37,95	1,27 €
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen ca. 3%		10,35	0,35 €
sonstige Waren und Dienstleistungen ca. 6%		20,70	

Diese Dienstanweisung zeigt bereits das äußerst knappe Budget. Energiepreissteigerungen sind hier noch nicht berücksichtigt. Erkrankungen dürfen möglichst gar nicht eintreten. Versicherungsschutz (Haftpflichtversicherung) ist ebenfalls Luxus. Bei einem Gesundheitsbudget von 13,80 Euro monatlich schlagen Verhütungskosten unverhältnismäßig hoch zu Buche. Selbstverständlichkeiten werden unselbstverständlich.

Für den Freizeit- und Kulturbereich stehen Leistungsempfängern laut Dienstanweisung also etwa 38 € pro Monat (455,60 € pro Jahr) zur Verfügung. Die billigste Eintrittskarte bei Eintracht Braunschweig kostet 9 €, ein Kinobesuch am Wochenende schlägt pro Person mit 7,20 € plus zusätzlicher Aufschläge zu Buche. Der Kauf einer einzelnen Karte der günstigsten Preisklasse für ein Staatstheater-Schauspiel im großen Haus und der Genuss einer Brezel in der Pause verschlingt bereits die Hälfte des monatlichen Freizeitbudgets einer Leistungsempfängerin bzw. eines Leistungsempfängers!

Wenn ein Bowlingabend mit 3 € pro Person und Spiel veranschlagt wird, ist ebenfalls schnell das halbe Budget heruntergekegelt. Der Genuss eines Getränkes dazu muss mindestens über 5 Tagessätze „Gaststättenleistungen“ zusammengespart werden.

Hier einige Beispiele für Mitgliedsbeiträge für AGL II Empfänger in Braunschweiger Vereinen:

Tanzsportklub Rot-Weiß e.V.	17,50 Euro (monatlich)
Männerturn Verein MTV	10,00 Euro (monatlich)
Eintracht Braunschweig	10,00 Euro (monatlich)
Braunschweiger Mieterverein	40,00 Euro (jährlich)
Polizeichor Braunschweig	05,00 Euro (monatlich)
Verein zur Förderung der Posaenchorarbeit	20,00 Euro (jährlich)

Diese Beispiele veranschaulichen, dass die aktive Teilnahme in Vereinen mit genauem Rechnen verbunden ist. Die Hemmschwellen sind daher deutlich höher, in Vereinen Mitglied zu werden. Die Teilnahme an gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten wird ebenfalls erschwert. Hier kann der BS-Pass eine kleine aber wesentliche Entlastung bieten.

### **Soziales Braunschweig!**

Mit seiner Ratsentscheidung gegen den „Sozialpass“ setzt sich der Trend fort: Immensen Ausgaben für Prestigeprojekte stehen drastische Leistungskürzungen bei Bedürftigen gegenüber. Eine gerechte, bürgernahe und soziale Politik findet keine Mehrheit, weil es zur Zeit im Braunschweiger Stadtrat nicht modern ist, sich mit den unglamourösen Sorgen und Nöten der „kleinen Leute“ auseinander zu setzen.

Aber die Bürgerinnen und Bürger sind es – ganz gleich wie viel Geld sie in der Tasche haben – die eine Stadt lebendig machen. Kultur hinter die Schlossfassade zu bringen, ist das eine. Die Kultur dieser Stadt mit Leben zu füllen, das andere.

Über eine Erhöhung der Aufwandspauschale für Ratsmitglieder wurde auf Ansinnen der Verwaltung am 14. November 2006 diskutiert. BIBS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD lehnten das Ansinnen ab. Mit Stimmenmehrheit von CDU/FDP wurde der Antrag angenommen. Die monatliche Aufwandspauschale beträgt jetzt mit 390,00 Euro mehr als der ALG II Satz. Lieber Ratsmitglieder: Versucht doch einmal, einen Monat ausschließlich von Eurer Pauschale zu Leben! Dann diskutieren wir anschließend nochmals über den Sozialpass.